

## Entgegenkommende, aber würdige und feste Antwort an Wilson.

### Die deutsche Antwort an Wilson.

Amlich wird mitgeteilt: Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. d. Mts. lautet wie folgt:

Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis den Abmachungen zugrunde zu legen ist, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Forderung aufstellen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt dem Präsidenten ein gegen den Vorwurf ungeschicklicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und somit gegen das deutsche Volk erhoben wird. Zerstörungen werden zur Durchführung eines Rückzuges immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben die strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Verletzung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Injassen absichtlich vernichtet habe. Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhindern, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an alle U-Bootkommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr nicht dafür übernommen werden kann, daß diese Befehle jedes in See befindliche U-Boot vor seiner Rückkehr erreichen.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Befestigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich, unkontrolliert und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung:

Im Deutschen Reiche stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Übereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören zu ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reichs dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist. Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert. Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jeder Willkür und unverantwortlichem Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober. (gez.) Solf,

Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

### Die Entente und die österreichische Nationalitätenfrage. — Zur Lage an der Westfront.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat in seiner Antwortnote die österreich-ungarische Regierung wissen lassen, daß er ihr Waffenstillstands- und Friedensangebot nicht in Betracht ziehen könne, weil er der Ansicht ist, daß sie keinen geschlossenen Staat mehr bilde, was er aus der Kriegserklärung der tschecho-slowakischen „Nation“ zu schließen glaubt. Diese „Nation“ besteht aus den im feindlichen Ausland ansässigen Tschecho-slowaken und den Vertretern von Ueberläufern aus dem österreich-ungarischen Heere. Die Anerkennung einer solchen „Nation“ als kriegführende Macht blies der Völkerrechtsauffassung der Entente überlassen, und namentlich dem Präsidenten Wilson, der auf diesem Gebiet „Außerordentliches“ leistet. Was würden beispielsweise die Herren Angelfischen sagen, wenn man die Iren mehr zum Heeresdienst herangezogen hätte, und sie wären übergelaufen und hätten eine „Nation“ gebildet, die den Krieg an England erklärt hätte, und wir hätten dann die Iren als kriegführende Macht erklärt. Aber bekanntlich dürfen die Grundzüge der nationalen Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker nur auf die Staaten angewendet werden, die mit der Entente im Kriege sind, auf die Völker der Entente (beispielsweise die Iren, Indier, Buren, Kopten), die schon durch Aufstände zum Ausbruch gebracht haben, daß sie das Sklavenjoch Englands abschütteln wollen, wird keine Rücksicht genommen. Auch wird Herr Wilson wohl kaum so freundlich sein, die Eingeborenen Marokkos, von Tripolitanien und in Indien zu fragen, ob ihnen die „Kolonisation“, d. h. die Soldatenwerbung der Franzosen und Italiener paßt. Aber nach seinen Grundsätzen müßte man sie nach ihren Wünschen fragen, doch das wird dann wieder nur für die deutschen Kolonien Geltung haben.

Um nun zur Wilsonschen Note zu kommen, so besagt diese, die Tschecho-slowaken und Jugoslawen sollen Richter darüber sein, was sie von der österreich-ungarischen Regierung zur Erlangung ihres Selbstbestimmungsrechtes verlangen wollen. Also die 6 Millionen Tschechen und 3 Millionen Südslaven sollen über das Schicksal der etwa 50 Millionen Menschen umfassenden österreich-ungarischen Nation zu entscheiden haben. Wilson weiß wohl, daß diese Nationalitäten das von sich aus nicht vermögen. Er benützt sie nur als Sprengmaterial zur Auflösung der österreich-ungarischen Monarchie. Daß bei Absteckung der Grenzen des tschecho-slowakischen Staates große deutsche Sprachgebiete einfach an diesen Staat einverleibt würden, ist klar, denn die Pläne der Tschecho-slowaken und Südslaven gehen dahin, einen einheitlichen Staat von Böhmen (das nebenbei bemerkt 3 Millionen Deutsche beherbergt) bis zur Adria herzustellen, der Teile von Niederösterreich und die östlichen Ausläufer der Alpen umfaßt, sowie Kroatien und Slavonien, die zum ungarischen Staate bisher gehörten. Bekanntlich beanspruchen die Vertreter des Gedankens des tschecho-slowakischen Staates aber dann noch Bosnien und die Herzegowina, sowie den Hafen von Triest, und überhaupt die Küstengebiete der Adria, Istrien und Dalmatien.

Interessant ist es, daß sich dabei ihre Interessen mit denen der Italiener kreuzen, die doch wegen Triest und dem östlichen Adriaufer sowie wegen Albanien in den Krieg gezogen sind. Wir werden hier überhaupt noch ganz ergötzliche Auseinandersetzungen unter den Alliierten zu erwarten haben. Denn bezüglich der Meeresküste machen auch die Serben Ansprüche, deren Befriedigung ihnen ja auch von Wilson zugesichert worden ist. Sie werden wahrscheinlich den Bezirk Stuzari wünschen, und ihre Grenze bis Nordalbanien austrecken wollen. Ueber Albanien werden dann die Italiener und Griechen sich zu unterhalten haben. Bulgarien aber wird von der Entente wahrscheinlich auf weiteres türkisches Gebiet hingewiesen werden. Im Osten der österreich-ungarischen Monarchie soll natürlich derselbe Zerlegungsprozeß vorgenommen

werden. Galizien soll an die Polen fallen, die sogar noch Teile von Deutschschlesien dazu wollen. Dagegen wehren sich die Ruthenen, die in Ostgalizien wohnen und ukrainischer Nationalität sind, und die unter keinen Umständen sich von den Polen vergewaltigen lassen wollen, wie umgekehrt polnisch-sprechende Gebiete im Bezirk Cholm an der nördlichen Grenze der Ukraine von den Polen gefordert werden, so daß die Ukrainer schon Militär zum Schutz des ihnen zugesprochenen gemischt-sprachigen Gebiets dorthin entsandt haben. Im Süden Ungarns wiederum wollen die dort wohnenden Rumänen ebenfalls nationale Freiheit und wohl Anschluß an Rumänien. Und überall im ganzen Lande herum sind starke deutsche Siedlungen, deren nationale Zukunft bedroht wird. Die Deutschen Oesterreichs haben sich nun zusammengeschlossen und fordern ebenfalls ein freies und unabhängiges Deutsch-Oesterreich, das an der Friedenskonferenz selbständig vertreten sein will und das wahrscheinlich den Anschluß an das Deutsche Reich suchen wird. Selbstverständlich beabsichtigt die Entente mit der Förderung der Aspirationen all dieser kleinen Staaten, Deutschland auch im Süden und Osten einzuschnüren, indem es die Interessen derselben nach der Entente Seite lenkt. Auch von der Türkei und dem Orient sollen wir getrennt werden. Das ist der Sinn von Wilsons Selbstbestimmungsrecht der Völker Oesterreich-Ungarns: die Ausnützung der Nationalitäten Oesterreich-Ungarns für die wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen der Entente, in erster Linie aber der Angelfischen, die damit dem deutschen Volk auch nach dem Orient den Weg verrammeln wollen.

Auf der Front von Flandern sehen unsere Heere den stufenweisen Rückzug weiter fort, unter Abwechslung von hartnäckigem Widerstand mit kampfloser Räumung, je nach den Erfordernissen der Gesamtbewegungen. Wir stehen jetzt auf einer Linie, welche durch folgende Orte gekennzeichnet ist: Deinge (20 Kilom. südwestlich Gent) — östlich Kortrijk — Tournai — St. Amend — östlich Denain — Solesmes — Le Cateau — Marle (20 Kilom. nordöstlich Laon). Man sieht also aus der gekennzeichneten Front das Bestreben unserer Heeresleitung, unsere Gesamtfront in gerader Linie geschlossen zurückzunehmen, und das ist bis jetzt auch durchaus gelungen. Wir stehen von der flandrischen Küste bis östlich Laon durchschnittlich etwa 30 Kilom. östlich von der alten Linie vom Frühjahr. An dem Frontabschnitt der von Laon bis nördlich Verdun in rechtem Winkel gegen den vorstehend bezeichneten Abschnitt verläuft, haben die Franzosen und Amerikaner im allgemeinen keine weiteren Fortschritte mehr gemacht, dagegen konnten unsere Truppen beiderseits von Bongery — das etwa 40 Kilom. nordöstlich von Reims und ebensoviel Kilometer nordwestlich von Verdun liegt, einen erfolgreichen Gegenangriff gegen die Amerikaner machen. Hoffen wir, daß unsere Operationen dort von Erfolg begleitet sind. O. S.

### Zur Waffenstillstands- und Friedens-Frage.

Ein neutrales Urteil zur Lage.

(Abz.) Haag, 21. Okt. Eine Extraausgabe des „Nieuwe Courant“ vertritt die Ansicht, daß Wilson bei Abfassung der Note an Oesterreich unter dem Druck seiner Bundesgenossen und der öffentlichen Meinung Amerikas handelte, doch lasse sich seine Antwort wohl in Übereinstimmung mit dem Manifest Kaiser Karls bringen, bis auf Ungarn mit seinen Slowaken. Es werde deutlich, daß Wilson die bedingungslose Uebergabe der Zentralmächte anstrebe, im Gegensatz zu seinem früheren Rechtsfrieden. Aus solchen Zuständen würden die Neutralen nur Glanz zu erwarten haben. Es sei begreiflich, daß Dänemark sich die Schleswig-Zonen retten wolle und daß nur Deutschland fürchte, Holland wäre ähnlich vorgehen. Das sei natürlich ausgeschlossen. Für einen Gebietsraub auf Kosten eines Nachbarstaats würde die Forderung keine Mehrheit finden. Zu einem schnellen Frieden denke es jetzt nur kommen, wenn Deutschland und Oesterreich politisch und ökonomisch au bout de leur forces (am Ende ihrer Kräfte) seien, Wilsons Antwort habe die Deutschen so gebändert, daß sie zum äußersten entschlossen seien und auch die Sozialisten einen schwachvoll aufgelegten Frieden abwehren

wollen. „Nieuwe Courant“ schreibt wörtlich: Nimmt daraus die deutsche Regierung die Kraft zu einer Haltung ohne Unsicherheit, dann besteht noch einige Hoffnung auf Vermeidung eines Vernichtungsfriedens, der die europäische Atmosphäre Gefährlicher hindurch unheimlich machen würde.

**Bisher noch keine amtlichen Forderungen aus Dänemark.**  
(W.B.) Berlin, 22. Oktober. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt halbamtlich: In verschiedenen Blättern sind Nachrichten aufgetaucht, daß die dänische Regierung an die kaiserliche Regierung eine Note gerichtet habe, die in lokaler Fassung nahelege, gewisse Vertragspunkte aus den Oden Jahren, die bisher unerledigt geblieben sind, einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen. Gegenüber diesen Redungen stellen wir hiermit fest, daß die dänische Regierung weder eine Note an die kaiserliche Regierung gesandt, noch sonst in irgend einer Form in der schleswigischen Frage an die kaiserliche Regierung herangetreten ist.

**Gemäßigte Stimmen aus England.**  
(W.B.) Bern, 21. Okt. Laut „Daily News“ fand in der Essex-Hall in London eine stark besuchte Versammlung statt, die das Lansdowne-Komitee einberufen hatte. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, die besagt, es sei im Interesse Englands, einen ehrenvollen Frieden auf Grund der von Wilson vorgeschlagenen und von Deutschland angenommenen Bedingungen zu schließen. Es sei zu hoffen, daß ein Waffenstillstand, der angemessene Bürgschaften vorsehe, schnellstmöglich vereinbart werde. Der Vorsitzende Hugh Bell sagte, die Bedingungen Wilsons ließen Spielraum für die Verhandlungen. Ein Friede auf Grund von Verhandlungen sei das, was sie immer erstrebt hätten. George Lansbury führte aus, er habe Vertrauen zu dem guten Glauben Wilsons, aber nicht zu dem der Leute, die England leiten. Das Parlament scheint außerstande, die Minister zu einer deutlichen Erklärung ihrer Politik zu nötigen. Ehe das geschehen sei, wisse man nicht, was Wilsons Alliierte glaubten oder wünschten. Hätte England Führer gehabt, die ihre Ziele und Bedingungen wie Wilson klar formuliert hätten, so wäre der Krieg längst beendet. Noel Buxton sagte, seine Freunde wollten Wilsons Politik und nichts als diese. Gegen eine Erniedrigung der militärischen Führer Deutschlands sei nichts einzuwenden, wenn aber dem deutschen Volke eine Erniedrigung zugesetzt werde, gehe man einem neuen Krieg entgegen.

(Die militärischen Führer Deutschlands haben nur ihre Pflicht gegen ihr Vaterland getan. Und das wird wir nur einen Verteidigungskrieg geführt haben, das wird die Nachwelt bald sehen. Uebrigens werden die Männer des Lansdowne-Komitees kaum einen solchen Einfluß haben, um den englischen Eroberungs- und Demütigungswillen einzudämmen. Die Schrift.)

**Eine halbamtliche italienische Auslegung der Wilsonnote an Oesterreich-Ungarn.**

(W.B.) Bern, 22. Okt. Die „Agenzia Stefani“ in Rom veröffentlicht folgende Note: Die Antwort Wilsons auf die österreichisch-ungarische Note ist den sie leitenden Gedanken völlig klar. Sie kommt einer Weigerung gleich, die Leute in der österreichisch-ungarischen Regierung als legitime Vertreter der Völker Oesterreich-Ungarns anzuerkennen. Die in der Proklamation Karls I. gemachten Versprechungen über die einfache Autonomie der verschiedenen Nationalitäten, die der einen oder anderen Hälfte der Doppelmonarchie angehören, genügen nicht, um die Lage zu ändern. Diese Erklärung Wilsons bestätigt die legitimen Versprechungen der für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker. Sie kann diesen Versprechungen nur neue Kraft geben und so die Bewegung beschleunigen, die Oesterreich-Ungarn der Auflösung entgegenreibt.

**Die Anerkennung des tschecho-slowakischen Staates durch die Entente.**

(W.B.) Paris, 22. Okt. (Ag. Havas.) Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten der einstweiligen Regierung des tschecho-slowakischen Landes, Benes, wies in einem Schreiben an Pichon vom 14. Oktober darauf hin, daß die Erklärung der Vereinigten Staaten vom 3. September 1918 den in Paris tagenden tschecho-slowakischen Nationalrat als tschechisch-slowakische Regierung de facto anerkannte. Diese Anerkennung sei von England, Frankreich und Italien bestätigt worden.

**Der tschechische Standpunkt.**

Wien, 20. Okt. Die Blätter melden aus Prag: Gestern tagte unter dem Vorsitz von Kramarsh der tschechische Nationalausschuß und der tschechische Abgeordnetenverband. Die Beratungen waren vertraulich. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der sich der Nationalausschuß für die Selbständigkeit des tschechischen Staates mit Umgehung der Wiener Instanzen und für den Schutz der Slowaken aussprach. Der Nationalausschuß und mit ihm ausnahmslos das ganze tschechische Volk verharren unverbrüchlich auf dem Standpunkt, daß sie mit Wien für die tschecho-slowakische Nation keinerlei Verhandlungen über ihre Zukunft führen. Die tschechische Frage habe aufgehört, eine Frage der inneren Regierung Oesterreichs zu sein; sie sei eine internationale Frage und werde gemeinsam mit allen Weltfragen gelöst.

**Aufbau der staatlichen Verfassung in Deutsch-Oesterreich.**

(W.B.) Wien, 22. Okt. Der von der deutschen Nationalversammlung eingesetzte Volksgangsausschuß beschloß, aus seiner Mitte drei Gruppen für die wichtigsten Arbeitsgebiete zu bilden: Krieg und Aeußeres, Verwaltung und Verfassung, Volkswirtschaft und Ernährung. Gruppe 1 leitet Präsident Seb, Gruppe 2 Präsident Dinghofer, Gruppe 3 Präsident Finkl. Gruppe 1 wird beauftragt, über die Wilson-Note zu beraten und dem Volksgang-

### Amtliche Bekanntmachungen.

Saatgutmenge.

Die Schultheißenämter werden an die rechtzeitige Vorlage der Gesuche um Erhöhung der Saatgutmenge für das Wintergetreide (Termin: 1. November 1918) erinnert. (Siehe Bekanntmachung vom 31. August 1918 im Calwer Tagblatt Nr. 208.)  
Calw, den 18. Oktober 1918.

R. Oberamt: Dr. Bläicher, A.-B.

ausschuß ehestens zu berichten. Ferner wurde beschlossen, die Konstituierung der deutschen Nationalversammlung der österreichischen Regierung, der ungarischen Regierung, den österreichischen Völkern und dem Auslande zu notifizieren. Der Ernährungsausschuß der deutschen Nationalversammlung beschloß, sich wegen der Lieferung von Lebensmitteln mit den Stellen in Ungarn, Kroatien, Berlin und München in Verbindung zu setzen.

**Die Wünsche der ukrainischen Elemente in Ogalizien und der Bukowina.**

(W.B.) Lemberg, 21. Okt. Die ukrainische Konstituante beriet in ihrer ersten Sitzung Organisationsarbeiten und beschloß, zuerst in Lemberg und Czernowitj besondere Delegationen zu bilden und die Beschlüsse der ukrainischen Nationalversammlung durch eine Sonderabordnung der österreichischen und der gemeinsamen Regierung zur Kenntnis zu bringen.

**Rumänischer Wafschlag.**

(W.B.) Bukarest, 20. Okt. Auf eine Anfrage des entente-freundlichen Deputierten Coza in der Kammer erwiderte Ministerpräsident Marghiloman, während die Räumung der besetzten griechischen und serbischen Gebiete sofort erfolgte, wurden die besetzten Gebiete Rumäniens von der bulgarischen Armee nicht geräumt. Ich bestreite nicht, daß der hiesige englische und der französische Gesandte bereit sind, zu versichern, daß Rumänien in der Dobrußa nicht geschädigt werde, weil sie dies im guten Glauben wünschen. Ich stelle an Coza und an das ganze Land folgende Frage: Wenn man auf uns gehört hätte, wenn wir uns nicht in diesen unglücklichen Krieg gestürzt hätten, wo würden wir heute sein? Welche Rolle würde unser Land heute spielen, das fast seine vollständige Armee und den reichsten Staatschatz in Europa hätte? Welches war die gute Politik, diejenige die gemacht wurde, oder diejenige, die wir empfahlen? Ich hoffe, daß man unsere Räumungen befolgen wird, daß uns alle ohne Unterschied unterzogen werden, damit wir in unserem früheren, um Befreiung vermehrten Gebiete bleiben. Diese Erklärungen wurden von der Kammer mit langanhaltendem stürmischem Beifall aufgenommen.

### Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

**Die deutsche amtliche Meldung.**

(W.B.) Großes Hauptquartier, 21. Okt. (Amtl.) Westlicher Kriegsschauplatz. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: In Flandern wurde vor und um den Lyssabschnitt zwischen Duffel und Kortrik heftig gekämpft. In Zomergen vorgehend eingedrungenen Feind warfen wir im Gegenstoß wieder zurück. Beiderseits von Deynze setzte sich der Gegner auf dem westlichen Ufer der Lys fest. Teile, die südlich der Stadt über den Fluß vordrangen, wurden zum größten Teil zurückgenommen. Ein Franzosenest blieb auf dem östlichen Ufer zurück. Deftlich von Kortrik ging der Feind über Dierikst und Zwoeveneg vor. Auf den Höhen westlich und südwestlich von Wichte brachten wir seine Angriffe zum Stehen. Nördlich der Schelde wiesen wir den Feind vor unserer Linie ab. Nördlich von Tournai hat der Gegner die Schelde erreicht, südlich von Tournai standen wir mit ihm in der Linie St. Amand—östlich von Denain und auf den Höhen östlich und nordöstlich von Halpres in Gefechtsstellung. Beiderseits von Solesmes und Le Cateau griffen Engländer gegen in Ausdehnung ihrer am 17. und 18. Oktober zwischen Le Cateau und der Dife geführten Angriffe mit starken Kräften an. Zwischen Soumainy und Vertain blieben die Angriffe auf den Höhen westlich der Harpies-Niederung in unserer Abwehrwirkung liegen. Beiderseits von Solesmes brachten wir den über unsere vordere Linie hinaus vordringenden Feind auf den Höhen östlich und südöstlich der Stadt zum Stehen. Nomeris und Amerval gingen verloren und wurden im Gegenstoß wieder genommen. Beiderseits von Le Cateau haben wir unsere Stellungen nach hartem, wechselvollem Kampf im allgemeinen behauptet. Die brandenburgische 44. Reserve-Division, unter der Führung des Generalmajors Maas, hat sich hier besonders bewährt. Der mit großen Mitteln unternommene Angriff des Feindes ist somit auf der ganzen 20 Kilometer breiten Front bis auf örtlich beschränkten Bodengewinn des Gegners an der Zähigkeit unserer durch Artillerie wirksam unterstützten Infanterie gescheitert.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:** Nördlich der Serre wurden erneute Angriffe des Feindes abgewiesen. Beiderseits der StraÙe Laon—Marle säuberten wir im Gegenangriff Teile unserer noch in Feindeshand gebliebenen Linie und wiesen starke Gegenangriffe ab. Auch westlich der Aisne nahmen östpreussische Bataillone und das in den letzten Kämpfen besonders bewährte Reserve-Infanterieregiment 231 im Gegenangriff ihre Stellung wieder und schlugen feindliche Angriffe ab. Deftlich von Bouziers suchte der Feind seine am 19. Oktober erlangenen örtlichen Erfolge durch Fortsetzung seiner Angriffe zu erweitern. Vornehmlich sind sie im Gegenangriff des Infanterieregiments 411 und an der äßen Abwehr der 7. Kompanie des bayerischen Infanterie-Regiments 24 gescheitert.

**Heeresgruppe Gallwitz:** Deftlich von Bantsevile wurden Tealangriffe der Amerikaner abgewiesen, im übrigen blieb die Gefechtsfähigkeit beiderseits der Maas in mäßigen Grenzen.

**Südöstlicher Kriegsschauplatz:** An der Morawa schlugen wir erneute Tealangriffe der Serben ab.

Der erste Generalquartiermeister Lubendorff.

### Staatssekretär des Innern Trimborn über die Kriegsanleihe:

Die erste Pflicht des Reiches wird es stets sein, für die Zinsen der Kriegsanleihe zu sorgen.

Trimborn

**Die gestrige Abendmeldung.**

Erfolgreicher Gegenangriff nordwestlich Verdun.

(W.B.) Berlin, 21. Okt. Abends. Amtlich wird mitgeteilt: Der Feind beschränkte sich an den Kampfzonen auf Teilangriffe die von uns abgewiesen wurden. Unser Gegenangriff gegen die vom Feinde besetzten Höhen auf dem östlichen Aisneufer beiderseits von Bouziers ist in gutem Fortschreiten.

Der preussische Kriegsminister über unsern Materialbestand und die feindlichen Beschuldigungen.

(W.B.) Berlin, 21. Okt. Der Kriegsminister empfing heute den Direktor Stollberg der „Nordd. Allg. Ztg.“. Im Verlaufe der Unterredung äußerte der Kriegsminister unter anderem:

Trotz des Ansturmes der Gegner konnten alle Anforderungen der Front an Munition, Geschützen und Kriegsmaterial ohne Unterbrechung voll erfüllt werden. Unsere Materialreserven, unsere Munitionserzeugung und die Anfertigung von Gewehren, Geschützen und Kriegsgewehr sind für die Deckung der Ausfälle der letzten Wochen mehr als ausreichend. Deutschland wird nie aus Mangel an Kriegsmaterial Frieden zu schließen brauchen. Die augenblickliche Heberlegenheit des Gegners liegt besonders im Gebrauche der Tanks. Es wird bereits seit längerer Zeit tatkräftig daran gearbeitet, diese als wichtig erkannte Waffe in genügender Zahl herzustellen. Dann sprach der Minister über die in der Note Wilsons gegen das deutsche Militär erhobenen Anschuldigungen. In Funkprüchen, Zeitungsartikeln und Reden tauchten in den letzten Wochen wie auf Kommando mehr und mehr Beschuldigungen unserer Armee auf. Man mußte den Eindruck gewinnen, daß diesen Verhehungen ein ganz bestimmter Plan zugrunde lag, der Plan, die Friedensaktion zu stören und die Kampflust der feindlichen Völker anzufachen. Wiederholt haben die Engländer behauptet, daß nicht eine einzige englische Granate das Innere der Stadt Cambrai getroffen habe, sondern daß die Deutschen die Stadt in Brand gesteckt hätten. Demgegenüber will ich Ihnen aus einwandfreiem amtlichen Material nur folgende Angaben herausgreifen: Am 17. September, abends, erhielt Cambrai 16 Schuß mittleren Kalibers; am 18. September, morgens, 40 Schuß mittleren Kalibers; am 19. September 60; am 20. September Fernfeuer und am Abend desselben Tages 23 Schuß mittleren Kalibers; am 21. September, morgens, 44 Schuß mittleren Kalibers; am Abend 41 Schuß mittleren Kalibers; am 22. September 65 Schuß; am 23. September 61 Schuß; am 29. September 57 Schuß und so weiter. Am 4. Oktober wuchs sich das Feuer zum Dauerfeuer aus, wobei der Marktplatz mit Brandbomben beschossen wurde und die Stadt in Brand geriet. Am 7. und 8. Oktober erhielt der Turm der Kathedrale einen Volltreffer, ebenso das Renaissance-Kathaus. Wie im Falle Cambrai könnte ich Ihnen genaue Tabellen geben über Douai, Laon, Bouziers, die keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß diese Städte von den Alliierten beschossen wurden. Wir haben wiederholt Befehl gegeben, daß die Zerstörungen auf das äußerste Maß der militärischen Notwendigkeiten beschränkt bleiben. Präsident Wilson behauptet auch, daß wir die Einwohner verschleppt hätten. Das ist nicht der Fall. Sie laufen von selbst davon, vertrieben durch die Artilleriegeschosse und Fliegerbomben ihrer Landsleute und ihrer Verbündeten. Wir versuchen das Menschenmögliche, das Schicksal dieser Unglücklichen zu erleichtern. Wo aber dicht hinter der vordersten Feuerlinie ein zwangswisser Abzug der Zivilbevölkerung erfolgte, war er aus Gründen der Menschlichkeit geboten. Solange aber ein Zurückgehen im Kampfe erfolgt, kann eine wesentliche Besserung nicht eintreten. Daß bei einer so langen Dauer des Krieges und bei derartigen Massenheeren Ausschreitungen und Rohheiten einzelner vorkommen, liegt auf der Hand. Wo sie zur Kenntnis der Vorgesetzten kommen, werden sie rücksichtslos geahndet. Unsere Gegner werden sich von derartigen Vorkommnissen, über die mir eine Menge amtlichen Materials vorliegt, gewiß nicht freisprechen wollen, um so weniger, als sie wilde Völkerskämme in den Reihen ihrer Kämpfer verwenden. Wir können also ruhig das Urteil der Welt abwarten, schloß der Minister, müssen aber die Bedingungen genauer und unparteiischer Untersuchung stellen und die Rechtmäßigkeit fordern für den deutschen Kämpfer, der über vier Jahre an der Front tapfer und aufopfernd seine Pflicht erfüllt hat, gewiß nicht schlechter als seine Gegner.

Die neutrale Kommission zur Untersuchung der Beschuldigungen gegen das deutsche Heer.

(W.B.) Berlin, 21. Okt. Die neutrale Kommission zur Untersuchung der angeblichen Verwüstungen im Rückzugsbereich setzt sich zusammen aus dem spanischen Gesandten Marquis de Labrador, dem holländischen Gesandten van Vollenhoven und folgen-

Ben Delegierten der Rote-Kommission: dem Spanier Saura, dem Niederländer Langenberg und dem Belgier van Braec.

#### Die passive italienische Armee.

(W.T.B.) Berlin, 22. Okt. Wie dem „B. Tagbl.“ aus Genf berichtet wird, veröffentlicht die schweizerische Presse eine Meldung, die besagt, daß General Diaz nicht mehr Oberkommandierendes der italienischen Armee sei. Wie schon früher gemeldet wurde, bestanden seit längerer Zeit Uneinigheiten zwischen Diaz und Foch, der vergeblich eine Offensive an der italienischen Front verlangt hatte. Die Alliierten scheinen daraufhin die Entlassung von Diaz und seine Ersetzung durch den Herzog von Aosta verlangt zu haben.

### Bermischte Nachrichten.

#### Die neuen Staatssekretäre beim Kaiser.

(W.T.B.) Berlin, 21. Okt. Der Kaiser empfing heute nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers die neuernannten Staatssekretäre Scheidemann, Groeber, Erzberger, Haugmann, Trimborn, Bauer und die Unterstaatssekretäre David, Wiesberts, Robert Schmidt, Dr. August Müller.

(W.T.B.) Berlin, 22. Okt. Von dem gestrigen Empfang der neuen Staatssekretäre durch den Kaiser berichtet der „B. L.-A.“: Die Vorstellung erfolgte durch den Chef des Zivilkabinetts, Desbrück. Der Kaiser hielt zunächst eine kurze Ansprache, die sich in erster Linie mit der innerpolitischen Neuorientierung in Deutschland beschäftigte. Dann zog er jeden der Herren in ein kurzes Gespräch. Mit denjenigen, die ihm bereits bekannt waren, unterhielt er sich besonders eingehend. Der Empfang dauerte etwa eine halbe Stunde.

#### Eine schwere Explosion.

(W.T.B.) Magdeburg, 21. Okt. Bei einer Explosion in der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik in Dessau sind 70 Personen getötet und etwa 50 schwer oder leichter verletzt worden. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Zahl sich noch um einige Opfer erhöhen wird, da die Aufräumarbeiten unter militärischer Hilfe noch im Gange sind. Die Ermittlungen über die Entstehungsurache haben noch zu keinem bestimmten Ergebnis geführt.

#### Der Bürgerkrieg in Rußland.

(W.T.B.) Petersburg, 21. Okt. „Pravda“ meldet: In der veröffentlichten Liste der seit der Ermordung Urizkis erschossenen Geiseln sind 68 Namen angeführt, darunter ehemalige Offiziere und fünf Priester.

#### Die Kämpfe in der Sowjetrepublik.

(W.T.B.) Shanghai, 20. Okt. (Reuters.) Im Ural wurden 8000 Bolschewiki, die auf Jekaterinenburg vorrückten, von Tscheko-Slowaken und serbischen Streitkräften schwer geschlagen und zurückgetrieben. 1000 Bolschewiki wurden getötet. Drei Panzerzüge, 11 Lokomotiven und 60 Maschinengewehre wurden erbeutet.

### Aus Stadt und Land.

#### Calw, den 22. Oktober 1918.

#### Verhütungsmittel und Maßnahmen bei der Grippe.

Das Gesundheitsamt der Stadt Calw, wo die Grippe stark aufgetreten ist, hat an die Polizeidirektion eine Erklärung über die Krankheit ergehen lassen, in der es u. a. heißt: „Die Todesfälle sind im Verhältnis zur Krankheitsziffer gering; immerhin mehren sie sich auch. Das Gift

### Einem Volke

das sich nicht wegwirft und das nicht an sich selbst verzweifelt, gebiert die frühe Gegenwart immer wieder eine verheißungsvolle Zukunft. Das lernen wir aus der Weltgeschichte. Die neunte Kriegsanleihe ist der Gradmesser für die Stärke des Glaubens an uns selbst und an unsere Zukunft. Und wohl uns, wenn das Endergebnis am 6. November 1918 im Buche der Weltgeschichte für alle Zeiten den kommenden Geschlechtern rühmen kann:

„Das heldenhafte und beispiellos geprüfte deutsche Geschlecht der Gegenwart war wie im Glück so auch im Unglück groß und stark.“

der Krankheit zeigt sich besonders für die Atmungs- und Kreislauforgane gefährlich. Die Lungenentzündung spielt wie auch bei früheren Influenzaepidemien die Hauptrolle. Die ungeheure Verbreitung findet sie durch den Verkehr. Da man sich diesem nicht entziehen kann, so soll man wenigstens nach Möglichkeiten Versammlungen, Besuche von Krankenanstalten, von Vergnügungs- und Unterhaltungsstätten meiden. Diese sind um so gefährlicher, je dumper und beschränkter die Räume sind. Vorsicht ist besonders nötig für schwächliche und kranke Personen. Es ist kein Grund zur Sorge und Angst; man soll aber Vorsicht walten lassen; denn die Folgen einer schweren Grippe können sich lange Zeit geltend machen.“ — Von ärztlicher Seite wird ferner noch mitgeteilt: daß als praktisches Verhütungsmittel gegen die Übertragung der gefährlichen Krankheit tägliches Gurgeln mit einer Mischung von Wasser und zwei Teelöffeln Wasserstoffsuperoxyd oder essigsaurer Tonerde sich empfiehlt. Für den Verlauf der Krankheit ist die Beachtung der ersten Symptome, wie Mattigkeit, Frösteln, Kopfschmerz, von großer Bedeutung. Betruhe ist für den Kranken unerlässlich, desgleichen Schutz vor Erkältung. Der geringste Zug (z. B. einer geöffneten Tür) vermag eine Lungenentzündung heraufzubeschwören. Als wirksamstes Mittel hat sich bisher eine Dosis Aspirin-Phenazolin zu gleichen Teilen, bei kräftigen Personen bis je 0,5 Gramm empfohlen. Vor zu frühem Aufstehen des Kranken muß gewarnt werden. Das Krankenzimmer soll mehrmals täglich gut durchlüftet werden.

#### Schließung der Volks- und Mittelschule.

Die Grippe tritt gegenwärtig unter der Schuljugend in starkem Grade auf. An der Volks- und Mittelschule sind an der Krankheit etwa 200 Kinder erkrankt. Um der weiteren Verbreitung durch Ansteckung Einhalt zu tun, wurde gestern die Schließung der Schulen zunächst auf 1 Woche angeordnet.

Stammheim, 21. Okt. Am Sonntagabend fand im Gemeindefeal ein vaterländischer Abend statt; nach dem gemeinsamen Gesang von „Eure Liebe bis zum Grabe schwebt“ ich dir, mein Vaterland,“ wurde von Oberlehrer Kömpf mit einleitenden Worten über die gegenwärtige politische Lage Herr Sekretär Wünsch vom Jünglingsbund in Ulm der zahlreichen Versammlung vorgestellt. Der Redner schilderte aus eigener Anschauung im zweiseitigen Schützengraben die Not des Vaterlands, bei allem Vertrauen in die Tätigkeit unserer Truppen an der Front. Die bisherigen acht Kriegsanleihen unter dem Zeichen unserer Siege zu zeichnen war leicht, die neunte ist aber besonders nötig, nicht nur zur Fortsetzung des Krieges, sondern auch zur Abschreckung der Feinde und Aufrechterhaltung der Heimat. Auch die Gegner sind am Ende ihrer Kraft, das haben wir aus den zuverlässigen

Mitteilungen eines längst zurückgeführten kriegsgefangenen gehört. Die Mittel zur Aufbringung der geforderten 15 Milliarden sind vorhanden. Zur Zeichnung von Kriegsanleihe ist am meisten zu empfehlen die gemeinnützige Deutsche Volksversicherung, deren entgegenkommende Bedingungen, niedrige Prämienhöhe mit möglicher Stundung und Ausnützung zur Kriegsanleihe-Zeichnung der Redner eingehend behandelte. Oberlehrer Kömpf empfahl gleichfalls diese Versicherungs- und Anleiheart und Fortmeister Sturm rief mit warmen vaterländischen Worten der Versammlung die Mahnung zu: „Deutschland erwartet, daß jedermann seine Pflicht tut“. Der gemeinsame Gesang des altniederländischen Liedes: „Wir treten zum Veten vor Golt den Gerechten“ schloß die erhebende Feier, der wir den besten Erfolg wünschen. m.

(S.W.) Neuenbürg, 21. Okt. Die Grippe tritt auch im hiesigen Oberamt sehr stark auf und nimmt teilweise einen tödlichen Verlauf. In Höfen sind in letzter Zeit fünf Todesfälle zu verzeichnen.

Stuttgart, 22. Okt. Am Samstagabend sprach hier der Vertreter des 1. württ. Reichstagswahlkreises, Genosse Hildenbrand. Seine Ausführungen fanden ihren Niederschlag in folgender Entschiedenheit: „Die Versammlung erblickt in der aus der Not der Zeit geborenen neuen parlamentarischen Reichsregierung den ersten entscheidenden Schritt zur Umwandlung des alten junkerlich-bureaucratischen Obrigkeitsstaates zum demokratischen Volksstaat und zur Annäherung des Sozialismus, der allein die Möglichkeit gewährt wird, dem deutschen Volk nach diesem Krieg erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Sie erwartet von der Regierung die rasche und zielichere Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung eines demokratischen Volkswillens. Die Schulbigen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern gebracht haben und damit verantwortlich sind für die Opfer und Lasten, die wir während und nach dem Krieg zu tragen haben, sind ohne Unterschied der Person strengstens zur Rechenschaft zu ziehen. Die Versammlung fordert die rasche und entschlossene Fortsetzung der demokratischen Erneuerung Deutschlands. Gesetzgebung und Verwaltung sind auf der Grundlage der vollkommen gleichberechtigten Mitwirkung aller volljährigen Deutschen aufzubauen. Der Zusammenbruch der herrschenden Mächte macht nicht Halt vor dem alten autoritären Regierungssystem der Einzelstaaten. Eine Weiterentwicklung der staatlichen Zustände Württembergs ohne katastrophal sich auswirkende Krisen ist nur gesichert, wenn alle Hindernisse einer uneingeschränkten Mitarbeit aller Schichten des Volkes in der Verwaltung des Staates, der Bezirke und der Gemeinden auf dem Boden der völligen Gleichberechtigung ohne Vorzug beseitigt werden. Dazu gehört in erster Linie die Aufhebung der Ersten Kammer, die Einführung der allgemeinen Verhältniswahl für alle volljährigen württembergischen Staatsangehörigen, die Errichtung eines verantwortlichen Ministeriums aus den gewählten Vertrauensmännern des Volkes, Vereinfachung und Demokratisierung der Bezirksverwaltung, Einsozialsystem in der Gemeinde mit gleichem Wahlrecht für alle volljährigen Gemeindeglieder, vollständige Gewissens-, Religions- und Kulturfreiheit, Zuziehung von Vertretern aller Parteien ohne Unterschied zu den Verwaltungskörperschaften des Landes. Nur ein nach diesen Richtlinien ausgebautes Staatswesen vermag die Kräfte zu entfalten, die zur Neubelebung unseres durch die furchtbare Völkerverkatastrophe aufs schwerste betroffenen Volkes erforderlich sind.“ — Das erscheint uns doch ein zu starkes Tempo der Staatsumwälzung, bei welchem uns leicht der Atem ausgehen könnte.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der A. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

### Georgenäum Calw.

Mittwoch, den 23. Oktober abends 8 Uhr findet im „Georgenäum“

## ein Vortrag

statt, über:

### Kriegserlebnisse ein. Auslandsdeutschen.

Hiezu wird jedermann herzlich eingeladen.

Calw, den 19. Oktober 1918.

Dr. Knudel, Vors. des Georgenäumrats.

●	Orientierende Leitartikel.
●	Schnellste Berichterstattung.
●	Pünktliches Erscheinen.

Das sind die 3 Punkte, wodurch sich das Calwer Tagblatt ständig neue Freunde erwirbt. • Bestellung jederzeit möglich.

## Bekanntmachung

Die Frist für die Annahme der Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe ist um 14 Tage, d. h. bis einschließlich den 6. November, verlängert worden.

Berlin, im Oktober 1918

Reichsbank-Direktorium  
Havenstein v. Grimm

**Stellv. Generalkommando XIII. (R.W.) Armeekorps.**

Am 19. Oktober 1918 treten drei neue Bekanntmachungen über Häute und Leder in Kraft:

1. Durch die Nachtragsbekanntmachung Nr. L. 111/10. 18 K.R.A. wird § 4 der Bekanntmachung vom 20. Oktober 1917 Nr. L. 111/7. 17 K.R.A. betr. Beschlagnahme und Meldepflicht von rohen Grobviehhäuten und Rohhäuten, abgeändert. Eine erhebliche Rechtsänderung liegt in der Aufhebung der Erlaubnis, für Landwirte aus deren eigenen Haus- und Notschlachtung stammende Häute in beschränktem Umfange in Lohn zu gerben. An die Stelle dieser Vorschrift wird eine besondere Zuteilung von Leder für Landwirte treten.

2. Durch einen zweiten Nachtrag Nr. L. 888/10. 18 K.R.A. zu der Bekanntmach. Nr. L. 888/7. 17 K.R.A. vom 20. Oktober 1917 betr. Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder sind die Höchstpreise für Leder teilweise abgeändert; auch ist vorgeschrieben, daß der Höchstpreis nur 90 v. H. des sonst in Frage kommenden Höchstpreises beträgt, wenn das Leder nicht in genau angegebener Art unverlöschlich durch Stempeldruck oder Schrift mit der Firma des Lederherstellers und anderen Kennzeichnungen versehen ist. Außerdem werden sämtliche Lederabfälle von nun ab nicht mehr von der Bekanntmachung L. 888/7. 17 K.R.A. vom 20. 10. 17 betroffen, sondern es tritt hierfür

3. die Bekanntmachung Nr. L. 999/10. 18 K.R.A. betr. Beschlagnahme, Höchstpreise, Melde- und Verkaufspflicht von Lederabfällen in Kraft.

Der Wortlaut dieser 3 neuen Bekanntmachungen ist im Staatsanzeiger vom 19. 10. 18 veröffentlicht und dort einzusehen.

Stuttgart, den 19. Oktober 1918.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Einwohnerschaft wird darauf hingewiesen, daß bei An- u. Abmeldungen in der Lebensmittelversorgung stets die Lebensmittelbücher, Fettkarten und Milchkarten vorzulegen sind.

Calw, den 17. Oktober 1918.

Stadtschultheißenamt: H. B. Dreiß.

Beilage, den 20. Oktober 1918.

**Todes-Anzeige.**

Berwandten, teilnehmenden Freunden und Bekannten die so schmerzliche Nachricht, daß mein lieber, unvergesslicher Mann und treubesorgter Vater

**Sergeant**



**Georg Proß,**

Inhaber mehrerer Auszeichnungen

nach 50monatlicher treuer Pflichterfüllung im Alter von 37 Jahren sein Leben am 4. Oktober hat opfern müssen.

Die tiefgebeugte Gattin: Marie Proß mit ihrem Kind Eugen.

Calw, den 21. Oktober 1918.

**Dankagung.**

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, welche wir bei dem Hinscheiden unseres lieben unvergesslichen einzigen Sohnes und Bruders



**Eugen**

erfahren durften, dem Herrn Stadtpfarrer für die trostreichen Worte am Grabe, dem Herrn Fischer für den ehrenvollen Nachruf, der Schwester Sophie für die liebevolle Pflege, der Jugendwehr und Knabentapelle, seinen Freunden und Altersgenossen, sowie für die vielen Kranzspenden und die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte sagen herzlichen Dank

Familie Niethammer.

Im Felde ist der beliebteste Lesestoff das Heimatblatt bereiten Sie desh. Ihren Angehörigen sofort das — Calwer Tagblatt. —

verbessert wird jedes **Handschrift** Handelskurse für alle Berufe (Eint., dopp., amerikan. buchf., Maschinensch., Stenogr.) Lehrpl. gratis. **Hofkalligr.** Gander, — in Stuttgart. —

Schreibvorlagen Nr. 21

**Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe**

werden von uns zu den bekannten Bedingungen

entgegengenommen.

Die Spareinlagen und Anleihen stellen wir unseren Geschäftsfreunden ohne Kündigung bei voller Zinsvergütung zur Kriegsanleihezeichnung zur Verfügung.

Die durch Kriegsanleihezeichnung entstandenen Schuldbetäge werden bis 31. Dezember 1919 gestundet u. sind mit 5% zu verzinsen.

**Anträge auf Kriegsanleihe-Versicherung**

heim Allg. Deutschen Versicherungsverein a. G. in Stuttgart, der Deutschen Lebensversicherungsbank Arminia in München und K. R. priv. Lebensversicherungsgesellschaft Oesrrreichischer Phönix in Wien, können bei uns gestellt werden.

**Creditbank für Landwirtschaft u. Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.**

**Verloren**

ging in d. Stadt ein Portemonnaie mit Geldinhalt. Der Finder wird dringend gebeten, dasselbe auf der Geschäftsstelle des Blattes gegen Belohnung abzugeben.

Vom Bahnhof bis Zwinger

**Knabenschuh m. Holzohle verloren gegangen.**

Abgegeben gegen Belohnung Zwinger 297.

**Verloren**

wurde Montag Abend von Gärtner Mayer bis Adler

**ein Kartoffeltäschchen mit Damenschlüssel.**

Der ehrliche Finder wird gebeten dasselbe gegen gute Belohnung Leberstr. 183 3. Stock abzugeben.

**Obere Marktstr. 36**

**J. Kölle**

Kabinet für Zahnbehandlung und Zahnersatz

**Calw**

Empfangsstunden Werktags von 9—12 und 2—5 Uhr.

**Obere Marktstr. 36**

**Bleichwaren**

können abgeholt werden. Geschwister Deuschle.

Eine schöne rehfarbene

**Ziege**

verkauft wegen Entbehrlichkeit

Frau Stadtschultheiß Konz.

**Verdienst, Arbnerwerb**

täglich 5, 10, 20 Mk. und mehr Verdienst wird Herren, Damen, Frauen, auch älteren Leuten durch leichte Tätigkeit nachgewiesen. Etwas Kapital erforderlich.

Angebote unter Z. W. 160 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. — Freimarke belegen. —

**Miet-Gesuch.**

Größere möblierte

**Wohnung**

oder größere möblierte

**ländl. Villa**

ab 15. November

zu mieten gesucht.

Schriftliche Angebote erbeten unter Ziffer B. 22 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Oberlobach.

Eine ältere 38 Wochen trüchtige

**Muz- u. Schaff-**



verkauft

**Ruh**

Elisabetha Stoll.

Nach Auswärts in bessere Gasthofsküche wird ein

**Mädchen**

gesucht,

bei guter Behandlung. Näheres in der Geschäftsstelle dies. Blattes.

Zur Beihilfe im Haushalt (bestehend aus 2 Personen) suche ich

**zuverlässige Stütze**

**Mädchen od. Frau.**

Gertrud Ehler, Calw, Nonnengasse.

Schöne

**Preßling-Pflanzen**

sowie zweimal tragende

**Himbeerstöcke**

hat zu verkaufen

Jakob Denzel, Kammfabrik.

Betrifft Beschlagnahme von Frantahaaren!

**Ausgekämmte Haare**

Frauen-Haare kauft zu den höchst. Preisen Amtl. Aufkaufstelle Wiltz. Winz für Calw u. Umgeb.

**Fruchtsiebe, Futtersiebe, Mehlsiebe**

in grosser Auswahl empfiehlt

**Emil Reiter, Weilderstadt.**